



**Haushaltsrede von
Bürgermeister Bert Spilles
zur Einbringung des Haushalts 2011**

Es gilt das
gesprochene Wort

**Rede des Bürgermeisters Bert Spilles
zur Einbringung des Haushaltsplanes 2011
am 2. Februar 2011 im Rat der Stadt Meckenheim**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bringe Ihnen heute nach 2009 und 2010 den dritten Haushaltsentwurf nach dem neuen kommunalen Finanzmanagement ein.

Welche Rahmenbedingungen haben diesen Haushaltsentwurf mitgeprägt?

Nun, zunächst einmal, ist dies der erste Haushaltsentwurf den Frau Gietz als neue Kämmerin der Stadt Meckenheim erstellt hat. Hierzu darf ich ihr an dieser Stelle recht herzlich gratulieren.

Mit Rahmenbedingungen meine ich aber insbesondere die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt - vor allem aber der Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Wir alle hier wissen, und die Medien sind voll von Berichten hierüber, dass die finanzielle Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen dramatisch ist. Auch vor Meckenheim macht diese Entwicklung nicht halt.

Kommunale Einnahmen und Ausgaben driften zunehmend auseinander. Im Rahmen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich diese Situation weiter verschärft und ob wir hier das „Tal der Tränen“ schon durchschritten haben ist mehr als fraglich. Denn die Finanzkrise ist bei weitem noch nicht überwunden.

Ganz im Gegenteil.

Die Meldungen über gewaltige Finanzierungsprobleme europäischer Staaten nehmen inzwischen besorgniserregende Formen an.

Konnten die beinahe- Pleite Griechenlands, Islands oder Irlands im November 2010 nur mit Krediten für die jeweiligen Staaten aus dem Euro-Rettungsfonds verhindert werden, so stehen weitere Länder wie Portugal, Spanien oder Italien auf der Kippe.

Die Stabilität des Euro sorgt für vermehrte Krisentreffen der Regierungschefs.

Euro-Anleihen werden diskutiert, steigende Zinsen werden nicht nur erwartet, sondern sind schon längst Realität geworden und es muss mit weiterem Anstieg gerechnet werden.

Dies alles wird letztendlich dann auch die Kommunen und somit auch unsere Stadt treffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es kann etwas nicht stimmen, wenn in Nordrhein-Westfalen gerade einmal zehn Prozent aller 398 Städte einen echten Haushaltsausgleich erreichen. 140 Kommunen befinden sich derzeit in der Haushaltssicherung, 40 Kommunen davon beschreiten einen Zustand der drohenden bilanziellen Überschuldung, in einzelnen Städten und Gemeinden ist sie bereits eingetreten.

Aus alldem wird deutlich, dass die Lage für finanzschwache Kommunen immer schwieriger wird.

Hieran ändern auch die begrüßenswerten Verbesserungen durch das Nachtragsgesetz zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2010 nicht wirklich etwas.

Denn durch die nunmehr geplanten strukturellen Veränderungen im Entwurf des GFG 2011 werden diese weit überkompensiert, so dass noch eine weitaus größere Zahl von Kommunen in die Haushaltssicherung oder vielleicht sogar in den Nothaushalt wird gehen müssen.

Dabei wurde der geänderte Soziallastenansatz, der nach dem Ergebnis der „IFO-Kommission“ im Juni 2010 einer besonderen Gewichtung zugeschrieben wird, noch nicht vollständig umgesetzt. Bei einer vollständigen Umsetzung werden sich für das Haushaltsjahr 2012 weitere eklatante Verschiebungen ergeben.

Es kann uns hier in Meckenheim nicht trösten, dass es vielen anderen Kommunen noch schlechter geht, denn auch wir kämpfen mit einem strukturellen Defizit.

Es ist und muss unser Bestreben sein unser Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen und hart an der Konsolidierung zu arbeiten.

Aber bei aller eigenen Anstrengung brauchen wir auch die Unterstützung von Bund und Land.

Aus diesem Grund haben die Kämmerer und die Bürgermeister des RSK ein Protestschreiben an NRW Innenminister Ralf Jäger verfasst, in dem die nicht zu kompensierenden geplanten finanziellen Einschnitte und der späte Zeitpunkt der Kürzungen kritisiert wurden. Darüber hinaus wird gefordert, den kreisangehörigen Kommunen nicht ständig neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung aufzuerlegen, sondern vorgegebene Standards abzubauen und Leistungsgesetze einzuschränken.

Es kann doch nicht sein, dass die Bundes- und Landesregierung weitere Leistungsgesetze beschließen, die zwar eine teilweise Refinanzierung der Erstinvestitionen bringen - wie z.B. bei der U3-Betreuung oder der Thematik der inklusiven Beschulung und der Einführung G8 - die aber die Kommunen mit der Problematik der Finanzierung der Folgekosten alleine lässt.

In immer mehr Kommunen wird die Frage aufgeworfen, wie der Haushalt konsolidiert werden kann, das heißt, wo noch gekürzt bzw. gespart werden kann und ob noch weitere Stellen abgebaut und welche Leistungen eingeschränkt werden können.

Tatsächlich ist für Kürzungen wenig Spielraum vorhanden.

Viele der kommunalen Aufgaben sind durch Gesetz vorgeschrieben - auch wenn es dafür keine finanzielle Kompensation gibt - und müssen daher wahrgenommen werden. Dies erfordert auch eine entsprechende personelle Ausstattung der Kommune.

Bleiben also noch die sogenannten freiwilligen Leistungen, auf die eine Stadt Einfluss nehmen kann und bei denen Kürzungen denkbar wären.

Diese freiwilligen Leistungen prägen aber die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und unterstützen unsere Vereine, den Sport, die Kinder und Familien.

So leisten wir uns in Meckenheim attraktive Spielplätze, Sportstätten, und unser Hallenfreizeitbad, wir stehen zu unserer Öffentlichen Bücherei und der Beteiligung an der Musikschule, wir leisten uns die Vorhaltung von Versammlungshallen in allen Ortsteilen oder aber unsere Kinder- und Jugendarbeit.

Dies alles bedeutet ein Stück Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger und Attraktivität für potentielle Neubürger.

Diesen engen Handlungsrahmen musste auch die im Zuge der Haushaltsberatungen 2010 gegründete fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe

„Zukunft 2013“ erfahren als sie sich in vielen Arbeitssitzungen mit der Frage einer möglichen Haushaltskonsolidierung befasste.

Die intensive Beschäftigung aller im Rat vertretenen Fraktionen mit der sog. „Gretchen“-Frage:

„wo können freiwillige städtische Leistungen nachhaltig gekürzt werden, ohne ehrenamtliches Engagement und Lebensqualität unserer Stadt zu reduzieren“

hat sicherlich das Verständnis bei den Fraktionen dafür geweckt, dass der Gestaltungsrahmen für Haushaltseinsparungen ganz eng gesetzt ist.

An dieser Stelle darf ich den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Zukunft 2013“ für ihre bisherige engagierte Arbeit danken.

Damit nicht genug:

Schon im Vorfeld der Haushaltsaufstellung haben wir in Meckenheim Neuland beschritten:

Als einzige Kommune im Rhein-Sieg-Kreis wurden die Bürgerinnen und Bürger in einer erstmals durchgeführten Bürgerfrageaktion unter dem Motto „Ihre Meinung ist gefragt“ um Einsparvorschläge und Anregungen zum Haushalt 2011 gebeten.

Mit den eingebrachten Vorschlägen hat sich die Arbeitsgruppe „Zukunft 2013“ eingehend befasst und wird sie in die Vorberatungen zum Haushalt einbringen.

Soweit zur allgemeinen Haushaltssituation der Städte und Gemeinden.

Doch wie sieht es nun konkret in unserer Stadt aus?

Bevor ich auf den Ihnen heute einzubringenden Haushaltsplanentwurf 2011 eingehe, gestatten Sie mir, dass ich zunächst einmal kurz den Blick zurück auf die Haushaltsjahre 2009 und 2010 werfe.

Mit dem Haushaltsentwurf 2009 hat die Verwaltung Ihnen erste Zahlen zur vorläufigen Eröffnungsbilanz vorgelegt. Dies waren naturgemäß erste Planungszahlen, die Ihnen zur Orientierung über das Vermögen der Stadt Meckenheim dienen sollten.

Die Arbeiten zur Erstellung der endgültigen Eröffnungsbilanz und zur Implementierung des neuen Rechnungssystems auf EDV- technischer Ebene sind noch nicht vollständig abgeschlossen.

Wie Sie wissen bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung der Eröffnungsbilanz einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des städtischen Rechnungsprüfungsamtes.

Der Wirtschaftsprüfer hat Mitte 2010 die Prüfung der Eröffnungsbilanz aufgenommen und wird in Kürze seinen Prüfbericht erstellen.

Ebenso hat die Gemeindeprüfungsanstalt als letztmalige Prüfungsin- stanz seit vergangenem Montag – also vorgestern - die Prüfung der Er- öffnungsbilanz aufgenommen.

Nach Auskunft der GPA ist bis zur Vorlage des Abschlussberichtes mit einem zeitlichen Umfang von drei bis vier Monaten zu rechnen.

Nach Vorlage des Prüftats der GPA und eines entsprechenden Be- schlusses des Rechnungsprüfungsausschusses erfolgt die Weiterleitung an den Rat, der dann die Eröffnungsbilanz abschließend feststellt.

Um aber auch abschätzen zu können wie wir durch die vergangenen beiden Jahre „gekommen“ sind, wurde auf der Basis der bisher vorlie- genden Bilanzzahlen ein überschlägiges Jahresergebnis für die Haus- haltsjahre 2009 und 2010 ermittelt.

Danach ist beim **Jahresabschluss 2009** nach bisherigem Kenntnisstand mit einem höheren Defizit zu rechnen, als bisher angenommen.

Das Defizit für 2009 war auf rund 4,7 Mio € kalkuliert und wird sich nach derzeitigen Berechnungen um eine knappe Million € verschlechtern.

Dies rührt zunächst einmal daher, dass auch für 2009 der Gemeindegan- teil an der Einkommensteuer neu berechnet werden musste und zum anderen, dass die Erträge aus Grundstücksveräußerungen im Haushalt 2009 deutlich zu hoch angesetzt waren. Die Anpassung des Planansat- zes erfolgte dann ab dem Haushaltsjahr 2010.

Was den **Jahresabschluss 2010** betrifft, so sieht es hier hingegen we- sentlich positiver aus.

Nach derzeitigen Erkenntnissen wird sich der Jahresabschluss 2010 we- sentlich besser darstellen, als dies noch vor einem Jahr zu erwarten war.

Erinnern wir uns:

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 waren massive Einbrüche bei den Erträgen durch das Wegbrechen der Gewerbesteuer und den konjunkturbedingten Rückgang am Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zu verzeichnen. Hinzu kam bei den Aufwendungen eine nicht unerhebliche Erhöhung der Kreisumlage, was uns schließlich zu einem kalkulierten Defizit von insgesamt 9 Mio. € in 2010 brachte.

Nun – heute kann ich Ihnen mitteilen, dass es nach derzeitigen Berechnungen so aussieht, dass dieses Defizit von 9 auf drei Mio. € schrumpft.

Dabei spielen zwei Faktoren eine wesentliche Rolle:

Zum einen sind aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Erholung die Gewerbesteuererträge besser ausgefallen als prognostiziert bzw. als nach den Ergebnissen in den Vorjahren vorhersehbar waren.

Getragen wird dieses gute Ergebnis im Wesentlichen aus den endgültigen Veranlagungen für das Jahr 2008 und den daraus resultierenden Anpassungen der Vorauszahlungen für die Folgejahre.

Zu Gute kommt der Stadt hierbei die „Durchmischung“ der Gewerbeansiedlung und keine Spezifizierung auf einzelne Wirtschaftsbereiche.

Gerade die Wirtschaftskrise mit ihren massiven Auswirkungen hat die Abhängigkeit unserer Stadt und unserer Region von konjunkturellen Entwicklungen schonungslos gezeigt.

Daher ist es in dieser unsicheren Phase für Meckenheim als Wirtschaftsstandort ein gutes Zeichen, wenn Unternehmen wie Edeka, Rungis Express oder etwa Elettronica sich zum Standort Meckenheim bekennen und Millionenbeträge investieren und Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Um diese Tendenz weiter verfolgen zu können ist es unabdingbar notwendig, den Wirtschaftsstandort Meckenheim weiter auszubauen bzw. voranzubringen.

Hierzu gehört insbesondere die notwendige Entwicklung weiterer Gewerbeflächen um diese für Neuansiedlungen oder Vergrößerungen möglichst kurzfristig zur Verfügung stellen zu können. Mit der Verabschiedung zum neuen Gewerbeflächenentwicklungskonzept sind wir hier auf einem richtigen Weg.

Ein weiterer Grund für das verbesserte Jahresergebnis 2010 ist, dass bedingt durch die vorläufige Haushaltsführung sowie der vorrangig aus

dem Konjunkturpaket II und den Instandhaltungsrückstellungen durchzuführende Maßnahmen der Ergebnisplan geringer belastet wurde.

So ergeben sich bei den Sach- und Dienstleistungen sowie bei den Abschreibungen für nicht getätigte Investitionen deutliche Minderaufwendungen in 2010.

Darüber hinaus sind unsere Personalkosten weit unter dem angesetzten Haushaltsansatz geblieben.

Dies ist, neben einer permanenten Aufgabenkritik, den zeitverzögerten Stellenneubesetzungen oder der Aufgabe von Planstellen ganz besonders aber ein Erfolg unserer Organisationsüberprüfung mit der neuen Einteilung der Verwaltung von bisher vier in drei Dezernate und dem damit verbundenen Wegfall einer Hierarchieebene.

Besonders erfreulich ist bei der finanziellen Entwicklung im Haushaltsjahr 2010, dass nach derzeitigen Prognosen - und wir haben Ihnen dies im Vorbericht dargelegt - davon ausgegangen werden kann, dass der Jahresfehlbetrag 2010 komplett noch durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

Das heißt, dass ein Zugriff auf unsere Allgemeine Rücklage voraussichtlich in 2010 – ebenso wie schon 2009 – nicht notwendig sein wird.

Was bedeutet dies nun für uns?

Mit dem deutlich besseren Ergebnis für das Haushaltsjahr 2010 schaffen wir uns für das Haushaltsjahr 2011 und die kommenden Jahre - was den Bestand der Allgemeinen Rücklage betrifft – eine erheblich verbesserte Ausgangssituation.

Nicht mehr – aber auch und nicht weniger!

Und was bedeutet es nicht?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch wenn das vergangene Jahr – wie eben dargestellt - sich besser entwickelt hat als vorhergesehen und auch wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv eingeschätzt werden, bedeutet dies für uns nicht, vom Kurs der Haushaltskonsolidierung für die kommenden Jahre auch nur ein Jod abzuweichen.

Ganz im Gegenteil.

Wir müssen uns stets vor Augen halten, dass wir uns in den nächsten Jahren auf einer schmalen Straße bewegen.

Dabei dürfen wir nur einmal mehr als fünf Prozent der Allgemeinen Rücklage entnehmen.

Die Fünf-Prozent-Marke ist praktisch die Leitplanke auf unserer schmalen Straße.

Die Leitplanken geben uns keinen Spielraum, die Straße etwa nach links oder rechts zu verlassen.

Jeder, der eine finanzielle Forderung erhebt, die nicht durch eine Einsparung kompensiert ist, beschwört die Gefahr herauf, letztlich diese Wegbegrenzung zu durchbrechen.

Das würde zwangsläufig zum Crash führen. Die Zukunftsentwicklung unserer Stadt wäre in hohem Maße gefährdet.

Und dies liebe Ratskolleginnen und Kollegen wollen wir auf jeden Fall verhindern, denn wir wollen unsere Zukunft weiterhin selbst gestalten.

Der Anfang hierfür ist gemacht.

Wir erinnern uns:

Die Kommunalaufsicht hat uns im letzten Jahr als „Nachbesserung“ unseres Haushaltsplanentwurfs einige Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben.

So sollten unsere Gebührenkalkulationen aktualisiert werden, freiwillige Leistungen reduziert bzw. nicht weiter ausgedehnt werden und Einnahmeverbesserungen erzielt werden.

Ein Teil der Hausaufgaben wurde in den letzten Monaten gemacht und ein anderer Teil wurde bei der Aufstellung des Haushalts 2011 mit berücksichtigt.

So wurden in letzter Zeit eine Reihe von Gebührensatzungen - teilweise nach vielen Jahren - aktualisiert, so dass Finanzierungslücken geschlossen werden konnten bzw. künftig geschlossen werden.

Der Bereich der freiwilligen Leistungen wurde im Arbeitskreis „Zukunft 2013“ – wie eben schon erwähnt - kritisch hinterfragt. Wobei der Spielraum schon aufgrund des Umfangs der freiwilligen Leistungen recht klein ist.

Neben den notwendigen Kürzungen und Einsparungen müssen aber auch die wenigen Möglichkeiten der Einnahmeverbesserungen genutzt werden, die einer Stadt bleiben.

So schlagen wir Ihnen vor, wie bereits im Zuge der Haushaltseinbringung 2010 angekündigt und im Arbeitskreis „Zukunft 2013“ erörtert, den Hebesatz für die Grundsteuer B anzupassen.

Meine Damen und Herren,
die Stadt Meckenheim nimmt ein vielfältiges Aufgabenspektrum wahr. In ihrer Daseinsvorsorge ist sie vorbildlich aufgestellt.

In den Schulen, Sporthallen und dem Hallenfreizeitbad wurde der Instandhaltungsrückstau weitestgehend aufgearbeitet, die Jugendfreizeitstätte wurde nach erheblichen baulichen Veränderungen als Haus der Begegnung aller Generationen hell und freundlich und mit modernem Ambiente erst kürzlich neu eröffnet.

Eine weitere Eröffnung steht in den nächsten Wochen an. Die Wiedereröffnung unserer Dreifachturnhalle als moderne Sportstätte für unsere Schulen, Vereine und Sportfreunde.

Der Bereich der Offenen Ganztagsschule erfreut sich einer stetigen Zunahme von Kindern. Seit August 2010 erfolgt aufgrund der neuen Elternbeitragssatzung durch die Geschwister-Kind-Befreiung eine Entlastung bei den Elternbeiträgen für die Kindertageseinrichtungen, die offenen Ganztagsbetreuungen oder die Tagespflege.

Große städtebauliche Projekte sind von uns allen politisch mitgetragen und stehen zur Umsetzung an, wie etwa

- die „Nördliche Stadterweiterung“ im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofumfeldes,
- die Rahmenkonzeption „Merl – Steinbüchel“ mit Ansiedlung eines Nahversorgers und Bau eines Wohngebietes sowie Verlegung des Sportplatzes und Bau der Infrastruktur,
- das Baugebiet „Merler Keil II mit über 180 Wohneinheiten
- oder aber der Architektenwettbewerb zur Attraktivitätssteigerung der Altstadt.

Allein die Auflistung dieser großen Projekte macht deutlich, dass wir in den nächsten Jahren viel vor haben und es viel zu tun gibt.

Neubürger sollen neben unserem Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebot durch diese attraktiven städtebaulichen Projekte für unsere schöne Stadt begeistert werden.

Doch bei alledem stellt sich natürlich die Frage, wie finanziere ich diese Leistungen und Angebote der Stadt, und wie werde ich der Verantwortung für die nachfolgende Generation gerecht.

Aufgrund ihrer Bemessungsgrundlage erreicht die Grundsteuer B all diejenigen, die den unmittelbaren Nutzen aus dieser Daseinsvorsorge und den genannten Projekten haben.

Um den oben beschriebenen Leistungsstandard für unsere Bürgerinnen und Bürger und potentiellen Neubürger auch zukünftig anbieten zu können ist eine Anpassung der Grundsteuer B notwendig.

Dabei werden wir auch trotz der Anpassung noch eine der günstigsten Steuerhebesätze im Rhein-Sieg-Kreis haben.

Ohne eine Hebesatzanpassung würde die Stadt Meckenheim allerdings weitere Defizite erwirtschaften, die unser Eigenkapital noch stärker aufzehren.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
all die genannten Maßnahmen ermöglichen somit eine zielorientierte und gesteuerte Absenkung der Ausgabenniveaus für die nächsten Jahre und eine verträgliche Verbesserung der Einnahmesituation.

Lassen Sie mich, bevor ich auf den Haushalt 2011 zu sprechen komme, noch kurz eins erwähnen.

Die Verwaltung hat die vergangenen 12 Monate intensiv genutzt um durch eigene Maßnahmen die Haushaltskonsolidierung zu unterstützen.

Wie eben erwähnt, konnte bei den Personalkosten durch verschiedene Maßnahmen der Aufwand gesenkt werden. Dabei ist uns stets bewusst, dass Eingriffe im Personalbereich oft auch mit Arbeitsverdichtung einher gehen und somit ein schwieriges Geschäft sind.

Daher möchte ich mich an dieser Stelle beim Fachbereichsleiter Personal und seinem Team herzlich bedanken, aber auch bei den anderen Fachbereichen, die konstruktiv mitgewirkt haben.

Wir haben aber auch intern den „Apparat Stadtverwaltung“ auf den Prüfstand gehoben und uns an die Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt gehalten und unsere Organisation und unser Handeln hinterfragt.

Durch den Umbau der Verwaltungsorganisation von bisher vier in nur drei Dezernate und den Wegfall einer Hierarchieebene konnten wir uns

nicht nur neu und effektiv in der Organisationsstruktur aufstellen, sondern auch ganz konkret Stelleneinsparungen umsetzen.

Meine Damen und Herren, wie stellt sich nun der Haushalt 2011 dar?

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2011, den ich Ihnen heute vorlege, weist im Jahresergebnis einen Gesamtbetrag der Aufwendungen in Höhe von 54,4 Mio. € aus.

Dem stehen Erträge in Höhe von 48,5 Mio. € gegenüber.

Dieses Jahresergebnis stellt sich – gegenüber der Kalkulation von 2010 positiver dar.

Obwohl bei den Erträgen die prognostizierten Steuereinnahmen steigen, belasten die in 2010 ursprünglich geplanten und nicht erfolgten Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionen nun das Haushaltsjahr 2011 und die Folgejahre.

Dies führt natürlich zu Verschiebungen bei der Entwicklung der Allgemeinen Rücklage im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung aus dem Haushaltsjahr 2010.

Als wesentliche Grundlage, insbesondere für die Ermittlung der städtischen Steuereinnahmen, bilden die Orientierungsdaten des Landes für die Jahre 2011 – 2014 einen Anhaltspunkt für die individuelle gemeindliche Finanzplanung.

Wir haben Ihnen die Zahlen im Vorbericht dargestellt.

Was den Gesamtfinanzplan für 2011 betrifft, so weist dieser insgesamt Einzahlungen in Höhe von 42,3 Mio. € und Auszahlungen in Höhe von 49,7 Mio. € aus.

Diese Deckungslücke können wir nur ausgleichen, in dem wir Kredite aufnehmen, um notwendige Investitionen zu ermöglichen und unsere Liquidität für die laufende Verwaltungstätigkeit zu sichern.

In diesem Zusammenhang ein Wort zum Thema **Kassenkredite**.

Bei der Haushaltsaufstellung 2010 haben wir Ihnen die Anhebung der Kassenkreditermächtigung von 8 auf 15 Mio. € vorgeschlagen.

Dies war erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten und die Liquidität über den gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2010 sicherzustellen.

Wir haben Ihnen damals auch schon gesagt, dass, sollte die Entwicklung in 2010 positiver verlaufen als in der Finanzplanung prognostiziert, wir den in der Satzung festgelegten Maximalrahmen selbstverständlich nicht ausschöpfen werden.

So ist es dann auch gekommen: Aufgrund der positiveren Entwicklung in 2010 haben wir schlussendlich nur 5 Mio. € an Kassenkredite benötigt.

Wie Sie der Haushaltssatzung entnehmen können, schlagen wir Ihnen als Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen auch in diesem Jahr 15 Mio. € vor.

Aber auch in diesem Jahr gilt, dass wir diese Kreditermächtigung nicht als Topf verstehen, aus dem wir uns tatsächlich in voller Höhe bedienen wollen.

Meine Damen und Herren,
im Vorbericht zum Haushaltsplan haben wir Ihnen die für die Haushalte 2011 bis 2014 vorgesehenen wesentlichen Investitionen in einer Tabelle aufgelistet.

In der Praxis bedeutet die finanzielle Situation natürlich auch, dass wir Abstriche machen müssen und nur notwendige Investitionen umsetzen können – aber auch müssen!

Denn ansonsten würde der Modernisierungsdruck und damit der Kostendruck in den kommenden Jahren erheblich größer.

Die Investitionsliste enthält für 2011 notwendige Investitionen vor allem im Bereich der Bauleitplanungen, der Baumaßnahmen im Rahmen der U3-Betreuung in den Kitas, der Feuerwehrausstattung sowie eine Baumaßnahme im Baubetriebshof.

Zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionsmaßnahmen ist eine Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von rd. 800.000 Mio € veranschlagt.

Es macht Sinn, als Kommune zu investieren und in Vorleistung zu gehen, um private Investitionen zu generieren. Denn trotz aller regionaler Kooperationen stehen wir natürlich als Stadt in einem Wettbewerb und

müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern das bieten, was sie mit Recht erwarten:

Attraktive Wohngebiete, eine gute Infrastruktur, moderne Schulen und Kindertageseinrichtungen, hochwertige Sportstätten und eine gute Ausstattung mit kulturellen und sozialen Angeboten.

Nur all das zusammen macht eine Stadt interessant für Neubürger und bindet die Einwohner an die Stadt und strahlt zugleich auch positiv auf die Wirtschaft aus.

Langfristig sichern wir damit die wenigen Einnahmen, die wir als Kommune nun einmal haben. Und das sind an erster Stelle der Anteil an der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer.

Im ganzen Finanzplanungszeitraum bewegen sich die Jahresverluste auf relativ gleich bleibendem Niveau. Dies ist insbesondere auf die Verschiebungen der Maßnahmen aus dem Jahre 2010 auf die Folgejahre zurückzuführen.

Hinzu kommt die Verpflichtung der Einrichtung von U3 – Betreuungsplätzen und die Errichtung von Familienzentren bis zum Jahre 2013.

Im Ergebnisplan rechnen wir 2012 mit einem weiteren Minus von rund 4,3 Mio. €, in 2013 mit einem Defizit von rund 5 Mio. € und 2014 von rund 3,7 Mio. €.

Was heißt dies nun für die Handlungsfähigkeit der Stadt Meckenheim?

Dadurch, dass nach den derzeitigen Prognosen davon auszugehen ist, dass der Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2010 komplett durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann, ist ein Zugriff auf die Allgemeine Rücklage voraussichtlich entbehrlich.

Nach dem derzeitigen Bearbeitungsstand der Eröffnungsbilanz wird die Allgemeine Rücklage mit knapp **95 Mio €** kalkuliert.

Auch wenn die Arbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz noch nicht ganz abgeschlossen sind, lässt sich auf dieser Basis feststellen, dass in Meckenheim im Finanzplanungszeitraum weder eine Überschuldung noch eine Verringerung der Allgemeinen Rücklage um mehr als 25% pro Jahr zu erwarten ist.

Allerdings wird aus heutiger Sicht nicht nur im Jahr 2011, sondern im gesamten Finanzplanungszeitraum der Griff in die Allgemeine Rücklage erforderlich sein.

Wie sich die Allgemeine Rücklage auf der Basis des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs 2011 voraussichtlich entwickeln wird, haben wir Ihnen im Vorbericht zum Haushaltsplan dargestellt.

Insgesamt ist es jedoch gelungen, die Verringerung der Allgemeinen Rücklage im Finanzplanungszeitraum unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Schwellenwerte zu halten.

Damit wird die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2011 vermieden!

Lassen Sie mich zum Schluss festhalten:

Die finanzielle Situation ist nicht erfreulich und macht es erforderlich, dass der vorgegebene Finanzrahmen konsequent eingehalten wird, um auch in den zukünftigen Jahren handlungsfähig zu sein.

Dabei wird es unumgänglich sein, sämtliche Konsolidierungsmöglichkeiten aufzuspüren und auszuschöpfen.

Trotz der Notwendigkeit zum Sparen, ist es allerdings unmöglich, den erschreckenden Einbruch der Erträge alleine durch Sparmaßnahmen bewältigen zu wollen. Hinzu kommt, dass wir angesichts der alles in allem maßgeblichen Pflichtaufgaben nicht viel sparen können.

Eine wichtige Aufgabe gerade in schwierigen Zeiten bleibt, neben allen Anstrengungen um Einsparungen, die Stärkung der eigenen Steuerkraft durch Erfolge bei der Industrie- und Gewerbeansiedlung, um eine deutliche Verbesserung der Finanzlage zu erreichen.

Aus Sicht der Städte und Gemeinden des Landes muss die Forderung nach einer Verbesserung der Finanzausstattung im Rahmen einer umfassenden Gemeindefinanzreform weiterhin nachdrücklich erhoben werden.

Außerdem ist die strikte Umsetzung des Konnexitätsprinzips unverzichtbar. Bei der Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen ist eine damit verbundene ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln von entscheidender Bedeutung.

Meine Damen und Herren,
alle geschilderten Herausforderungen machen eine parteiübergreifende, faire Zusammenarbeit nötig. Ich hoffe, wir kommen bei den nun anstehenden Haushaltsberatungen in diesem Sinne zu konstruktiven Diskussionen und Ergebnissen.

Die Anregungen aus der Bürgerschaft, die wir im Zusammenhang mit unserer Bürgerfrageaktion aufgenommen haben, werden dabei mit beraten.

Mein herzlicher Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, insbesondere natürlich an unsere Kämmerin Frau Gietz mit Ihrem Team.

Mit diesem Dank möchte ich schließen und übergebe Ihnen heute den Haushaltsentwurf 2011 und wünsche den Beratungen in den Fraktionen einen guten und konstruktiven Verlauf und biete Ihnen hierbei die Unterstützung der Verwaltung an.

Sagen Sie uns, wenn Sie weitere Informationen benötigen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.